



So wie hier in Bordesholm sollte es überall klappen mit dem Schulbusverkehr: Kein Gedränge, die Maskenpflicht wird überwiegend eingehalten.

FOTOS: SCHEER, DAHL, PREGLA

Ärger über volle Schulbusse wächst

Eltern fürchten Welle von Ansteckungen – Private Reiseunternehmen bieten zusätzliche Fahrzeuge an

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Kohorten-Trennung in den Schulen, enges Gewusel in den Bussen: Die Situation der Schülerbeförderung in Schleswig-Holstein sorgt für Konfliktstoff. Eltern sehen das Land in der Pflicht. Private Busunternehmen ebenso: Sie würden mit Fahrzeugen und Personal einspringen – wenn sie das bezahlt bekommen.

Bis zum Einsteigen an den Haltepunkten wachen noch Aufsichtspersonen über Abstand und Maskenpflicht. Im Bus löst sich die Disziplin oft in Wohlgefallen auf. Trotz Tuchfühlung zum Nachbarn streifen einige der jungen Fahrgäste umgehend die lästige Maske ab. „Das sind beste Bedingungen, um das Virus zu züchten“, sagt Thorsten Muschinski, Vorsitzender des Landeselternbeirats Gemeinschaftsschulen. Dabei wäre es nach seiner Überzeugung so einfach, die Situation zu entspannen und für mehr Platz in den Bussen zu sorgen: „Es stehen zahlreichen Busse ungenutzt herum, die für Entlastung sorgen könnten.“

In die gleiche Kerbe schlägt der Omnibusverband Nord (OVN). Eine Umfrage unter den rund 80 Mitgliedsunternehmen in Schleswig-Holstein habe gezeigt, dass sofort 100 Reisebusse sofort zur Verfügung stünden, um bei der Schülerbeförderung zu helfen: „So wie das jetzt läuft, droht ei-

ne Schulbusfahrt zum Super-Spreader-Ereignis zu werden“, sagt OVN-Geschäftsführer Joachim Schack. Zahlreiche Busunternehmen seien in Existenznot: „Das wäre eine Win-win-Situation.“ Mit einem entsprechenden Angebot sei der Verband jedoch mehrfach beim Bildungsministerium abgeblitzt: „Wir haben den Eindruck, dass man sich dort einen schlanken Fuß machen will.“ Es sei widersprüchlich, einerseits dem Schulunterricht höchste Priorität einzuräumen, andererseits aber die Möglichkeit, mehr Busse für Schülertransporte zu buchen, nicht zu nutzen.

Tatsächlich sieht man sich im

Bildungsministerium für das Buchen von Schulbussen gar nicht zuständig: „Ob das Angebot von Omnibusunternehmen für einzelne Schulträger interessant ist, müssen diese mit den Schulen vor Ort entscheiden“, erklärt ein Ministeriumssprecher.

Natürlich geht es vor allem ums Geld. Bezahlt werden müssen die Busunternehmen von den Schulträgern, also in erster Linie von den Kreisen. Doch die, so fordert Schack, müssten finanziell vom Land so ausgestattet werden, dass es ihnen möglich sei, mehr Busse zu bestellen. Auch Muschinski mahnt: „Es darf doch nicht am Geld scheitern, wenn es darum

geht, Schülerinnen und Schüler sicher ans Ziel zu bringen.“

Allerdings nehmen auch die Schulträger das Angebot der Busunternehmen eher zurückhaltend auf. „Ein temporärer, entlastender Einsatz von Reisebussen“ sei zwar grundsätzlich denkbar, heißt es etwa beim Kreis Segeberg. Mittel zur Finanzierung seien dafür jedoch „in keinem öffentlichen Haushalt vorgesehen“. Sie bereitzustellen, erfordere politische Beschlüsse.

Wie schmerzhaft die wären, zeigt diese Rechnung: Um jedem Schüler einen Sitzplatz zu sichern, müsste der Kreis Segeberg nach eigenen Angaben die Zahl seiner insgesamt rund 150 eingesetzten Busse um mindestens die gleiche Anzahl erhöhen. Dies wiederum würde bedeuten, das Haushaltsvolumen für den ÖPNV von 15,8 Millionen Euro – wie für dieses Jahr erwartet – zu verdoppeln. Ähnlich eng geht es im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu. Dort fürchtet man, selbst bei einer Verdoppelung von 100 auf 200 Busse nicht jedem Schüler einen Sitzplatz bieten zu können. Um genau dieses Ziel zu erreichen, bräuchte der Kreis Plön 70 zusätzliche Busse. Geschätzte Mehrkosten 5,5 Millionen Euro. „In dieser Größenordnung bräuchten wir dann auch eine Förderung seitens des Landes oder des Bundes“, so eine Sprecherin. Allerdings geht der Kreis davon aus, dass



„Das sind beste Bedingungen, um das Virus zu züchten.“

Thorsten Muschinski, Landeselternbeirat Gemeinschaftsschulen



„So wie es jetzt läuft, droht eine Schulbusfahrt zum Super-Spreader-Ereignis zu werden.“

Joachim Schack, Omnibusverband Nord

zipPel's LAUFERWELT **Kiel** powered by

Wir bringen F
Alle warten gesp
Farbe des Kiel.L
Samstag geben
Weitere Infos u

Laufen

bei den privaten Busunternehmen höchstens zwölf zusätzliche Busse zur Verfügung stehen würden

Ob das Land bereit ist, den Kreisen bei der Finanzierung zusätzlicher Schulbusse unter die Arme zu greifen, ließ das Bildungsministerium gestern offen. Man sei mit den Schulträgern im Gespräch, um die Lage zu entspannen, heißt es. So werde derzeit in Flensburg geprüft, ob man mehr Busse aus dem Umland einsetzen könne und ob die weiterführenden Schulen ihre Anfangszeiten weiter staffeln.

Kreis prüft Einsatz von Zusatz-Bussen

Vorkehrungen bereits im April getroffen

VON TILMANN POST

RENSBURG. Volle Schulbusse mit Corona-Ansteckungsgefahr – dieses Szenario soll es im Kreis Rendsburg-Eckernförde nicht geben. Das stellt die Verwaltung klar und betont, dass es bereits vor vier Monaten Absprachen mit Verkehrsunternehmen gegeben hat. Derzeit werde der Einsatz zusätzlicher Busse geprüft.

„Wir haben im April und Mai Vereinbarungen getroffen, die wir jetzt umsetzen können“,

➔ Erste Hinweise auf überfüllte Buslinien liegen dem Kreis Rendsburg-Eckernförde bereits vor.

sagt Kreisverwaltungsdirektor Martin Kruse. „Wenn Busse überfüllt sind, verstärken wir die Kapazität.“ In den vergangenen Tagen sei der Eindruck entstanden, dass die Kreise bei der Schülerbeförderung wegen zusätzlicher Kosten keinen Handlungsspielraum hätten. Das habe ihn geärgert, weil das zumindest für den Kreis Rendsburg-Eckernförde nicht zutrefte, so Kruse.

Vorausgegangen war Kritik von Eltern an übervollen Schulbussen. „Das sind beste Bedingungen, um das Virus zu züchten“, hatte Thorsten Mutschinski, Vorsitzender des Landeselternbeirats der Gemeinschaftsschulen, kritisiert. Auch der Omnibusverband Nord sieht Gefahren: „So wie



das jetzt läuft, droht eine Schulbusfahrt zum Super-Spreader-Ereignis zu werden“, warnte Geschäftsführer Joachim Schack. Mit dem Angebot seiner Mitgliedsunternehmen, schnell 100 Reisebusse zur Verfügung zu stellen, sei er aber beim Land abgeblitzt. Landkreise verwiesen zudem auf die Kostenfrage.

Martin Kruse wiegelt nun ab. Es sei zwar richtig, dass es schwierig sei, allein für den Kreis Rendsburg-Eckernförde auf einen Schlag 100 zusätzli-

che Busse mit Fahrer zu besorgen, aber das sei eher ein organisatorisches Problem. „Es scheitert nicht am Geld. Wo wir für Lösungen sorgen können, tun wir das auch“, stellt Kruse klar. Weil das Problem absehbar war, seien die Vorkehrungen längst getroffen worden. Dazu gehöre, dass der Kreis den Schulträgern zugesichert habe, dass er auch für zusätzliche Busse seinen Anteil von zwei Dritteln der Kosten übernehmen werde. Zudem seien die Bus-Unternehmen aufge-

fordert worden, ihre Kapazitäten hochzufahren und vorzuhalten, um Corona-Mehraufwand stemmen zu können. Das sei auch beim Überlandverkehr der Fall, der zum größten Teil von der Bahn-Tochter Autokraft bedient wird.

Erste Hinweise auf überfüllte Linien liegen Kruse bereits vor. Das betreffe zum Beispiel den Verkehr der Linien 3070 zwischen Ascheffel und Eckernförde, die Linie 1 des Stadtverkehrs Eckernförde sowie die Linien 3211 und 3210 in

Nicht überall läuft der Schulbusverkehr so reibungslos wie hier in Bordesholm. Wo es Engpässe gibt, will der Kreis Rendsburg-Eckernförde, der die Schülerbeförderung mit den Schulträgern finanziert, für Abhilfe sorgen.

FOTO: FRANK SCHEER

den Ämtern Hohner Harde und Fockbek. Derzeit werde geprüft, die Kapazitäten dort zu erhöhen. Martin Kruse schließt nicht aus, dass auch Reisebusse zum Einsatz kommen könnten. „Mehrkosten können wir noch nicht abschätzen, weil wir noch nicht wissen, wie viele Kapazitäten notwendig sind“, so Kruse. Derzeit gibt der Kreis rund sechs Millionen Euro für die Schülerbeförderung und 7,2 Millionen Euro für den Überlandverkehr aus.



Schülerbeförderungen unter Pandemiebedingungen

Wie Ölsardinen

Auf dem Schulhof streng getrennt, aber im Schulbus dicht gedrängt: Eltern kritisieren, dass der Weg zur Schule den Corona-Schutz ad absurdum führe.

Von **Swantje Unterberg**
31.08.2020, 06.41 Uhr



Schulbus in Mecklenburg-Vorpommern: "Dass unsere Kinder täglich in diese vollen Busse gestopft werden, führt die Corona-Regeln ad absurdum"
Foto: Jens Büttner / picture alliance / dpa

Was vor der Pandemie nur ein Missstand war, wird jetzt zu einem Problem: "Die enge Ölsardinenfahrt in den Schulbussen passt nicht zu den strikt getrennten Schülergruppen auf den Schulhöfen", sagt Claudia Pick, Vorsitzende des Landeselternbeirats der Gymnasien in Schleswig-Holstein.

Seit drei Wochen haben die Schulen im hohen Norden wieder regulär geöffnet - oder wie man einen Schulalltag, in dem sich Kinder verschiedener Klassenstufen nicht treffen sollen, auf dem Schulhof und in den Fluren Maske getragen werden muss und nicht alle Fächer wie gewohnt stattfinden können, eben nennen kann.

Auf dem Schulhof und in den Klassenzimmern wurde viel umgeplant und reguliert, doch der Schulweg wurde in vielen Bundesländern nicht groß bedacht. Joachim Schack vom Omnibus Verband Nord wundert das: "Ich habe schon im April auf das Problem hingewiesen", sagt der Geschäftsführer der Interessenvertretung für Hamburg und Schleswig-Holstein. Bei der Beförderung werde schon immer knapp kalkuliert, erklärt er. Doch nun wachse das Unverständnis darüber, dass sich die Schülerinnen und Schüler wie gewohnt in die Schulbusse quetschen sollen.

Kultusminister nicht zuständig

Schack ist deshalb in die Offensive gegangen: Er hat medienwirksam verkündet, dass die Unternehmen in seinem Verband kurzfristig mindestens hundert Busse freihätten, die im Flächenland zusätzlich zu den regulären Schulbussen eingesetzt werden könnten. Schack macht keinen Hehl daraus, dass das Angebot natürlich auch Eigeninteressen dient: Die Branche leidet unter der Pandemie, viele Reisebusse bleiben nach wie vor in den Depots. Ein neuer Einsatz als Schulbusfahrer käme vielen gelegen. Doch wer zahlt für das zusätzliche Angebot?

In Deutschland sind als sogenannte Schulträger in der Regel die Landkreise, Städte oder Kommunen für die Schulbusse zuständig. Ob das Angebot der Omnibusunternehmen interessant sei, müssten die Schulträger mit den Schulen vor Ort entscheiden, heißt es so auch aus dem Schleswig-Holsteinischen Bildungsministerium. Das entziehe sich damit seiner Verantwortung, kritisiert Schack.

"Keine Lösung in Sicht"

"Das ist in unserer Elternschaft ein riesiges Thema, und es ist keine Lösung in Sicht", ärgert sich auch Thorsten Muschinski, der im Bundesland dem Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen vorsitzt. "Dass unsere Kinder täglich in diese vollen Busse gestopft werden, führt die Corona-Regeln ad absurdum."

In anderen Bundesländern schlagen Elternvertreter ebenfalls Alarm, berichtet unter anderem die Nachrichtenagentur dpa. Der rheinland-pfälzische Landeselternsprecher Reiner Schladweiler sagte demnach, er bekomme täglich 12 bis 15 Beschwerden wegen der Busse. Auch der hessische Landeselternbeirat bezeichnete den Zustand als katastrophal.

Schleswig-Holsteins Elternvertreterin Pick hofft, dass die Schulträger mehr Busse einsetzen - sieht aber auch das Kostenproblem. Schließlich müssten die Schulträger gerade ohnehin viel investieren, um die Hygieneauflagen umzusetzen.

Zusätzliche Busse zunächst kaum angefordert

Auf der anderen Seite steht das Risiko, dass Eltern aus Angst vor vollen Bussen Fahrgemeinschaften bildeten - und sich die Kinder klassenübergreifend in einem Auto wiederfinden. Auch das würde die strikte Trennung in den Schulen konterkarieren.

In manchen Regionen nimmt die Zahl der Elterntaxis bereits zu, [berichtet der WDR](#) etwa über Dortmund. Dabei hatte das Land NRW schon vorgesorgt: Das Verkehrsministerium übernimmt zunächst befristet bis zu den Herbstferien die Kosten für zusätzliche Schulbusse. Tausend Busse stehen laut Omnibusverband dafür zur Verfügung, teilte das Ministerium mit.

Das Angebot wurde aber zunächst kaum genutzt, offenbar weil es kaum bekannt war. Geschäftsführer Christian Gladash vom Verband Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen hatte der ["Rheinischen Post"](#) vor gut einer Woche gesagt, dass 80 Prozent des Kontingents noch nicht abgerufen worden seien. Nach dem Pressebericht sei aber Bewegung in die Sache gekommen, sagte Gladash dem SPIEGEL. Immer mehr Kommunen meldeten sich bei dem Verband mit der Frage, wie sie einen zusätzlichen Bus bestellen könnten.

Gestaffelte Anfangszeiten können Problem verschärfen

Anke Staar, Vorsitzende der Landeselternkonferenz NRW, hat noch nicht den Eindruck, dass sich viel verändert. Die Busse seien noch immer zu voll. "Wir haben gefordert, dass der Unterricht gestaffelt beginnt", sagt Staar. Dadurch könnte auch der Busverkehr entzerrt werden. Doch bisher blieben ihre Forderungen ohne Erfolg.

Allerdings ergeben gestaffelte Anfangszeiten nur Sinn, wenn ohnehin regelmäßig Busse fahren, berichtet Claudia Pick aus Schleswig-Holstein aus eigener Erfahrung. Bei ihr im Kieler Umland fahre der Schulbus um 6.45 Uhr ab - ungeachtet der Tatsache, dass ihre Kinder nun erst zur zweiten und dritten Stunde Unterricht haben. "Jetzt warten Schüler unterschiedlicher Klassen teilweise in größeren Gruppen vor dem Tor auf den Unterrichtsbeginn", sagt sie. "Viele Probleme offenbaren sich eben erst im Praxistest."

Verkehrsministerin hat Verständnis für "mulmiges Gefühl"

Auch im Saarland reagierten die Verantwortlichen erst, als die Missstände schon da waren: Sie habe großes Verständnis dafür, dass "ein mulmiges Gefühl" entstehe, wenn man das dichte Gedränge der Schüler in den Bussen sehe, das seit dem Schulstart vor einer Woche herrsche, sagte die saarländische Verkehrsministerin Anke Rehlinger am Dienstag - und kündigte an, dass das Land die Kosten für etwa hundert zusätzliche Busse für die Schülerbeförderung übernehme.

Bremen und Niedersachsen haben sich zumindest vor dem gerade erst gestarteten Schuljahr Gedanken über die Beförderung gemacht, geht aus den Antworten auf SPIEGEL-Anfragen hervor. Im Stadtstaat soll an Schulen mit großem Einzugsgebiet verstärkt kontrolliert werden, ob im Nahverkehr Masken getragen werden. Und in beiden Bundesländern ist es möglich, die Schulzeiten zu staffeln. Mehr Geld für die Beförderung ist bisher aber weder in Niedersachsen noch in Bremen vorgesehen. **S**

Diskutieren Sie mit >

[Feedback](#)